Wulff vor Ehrenformation der Bundeswehr

WOLFGANG KUMM / DPA (L.); BULLS / CATERS UK (R.)

Opfer nach Taliban-Angriff im Diplomatenviertel von Kabul

AFGHANISTAN

Staatsbesuch abgesagt

Wegen akuter Sicherheitsbedenken hat Bundespräsident Christian Wulff Mitte September einen Staatsbesuch in Afghanistan kurz vor dem Abflug absagen müssen. Das Bundespräsidialamt hatte monatelang streng geheim eine Visite Wulffs in der Hauptstadt Kabul vorbereitet; dort sollte der Präsident mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karzai zusammentreffen. Der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhaupts im Palast in Kabul wurde nur Stunden vor der Abreise aus Berlin abgeblasen, nachdem ein Terrorkommando am 13. September die US-Botschaft und das Nato-Hauptquartier angegriffen und sich in einem Hochhaus in der Stadt verschanzt hatte. Als die ersten Meldungen über die Attacke Deutschland erreichten, entschied sich Wulff nach Beratungen mit seinem Sicherheitsstab und Diplomaten im Auswärtigen Amt, den Staatsbesuch kurzfristig abzusagen. Deutsche Behörden fürchteten, dass der Präsident durch die Kämpfe im Herzen Kabuls gefährdet sein oder die Visite bei Karzai platzen könnte. Tatsächlich zogen sich die Gefechte in der afghanischen Hauptstadt bis in den Morgen des nächsten Tages, für den die Ankunft Wulffs geplant war. Die hektische Absage, bisher strikt unter Verschluss gehalten, illustriert die fragile Lage in der afghanischen Hauptstadt zehn Jahre nach der Invasion westlicher Truppen. Die letzte Visite eines Bundespräsidenten in Afghanistan fand im Mai 2010 statt; Horst Köhler allerdings hatte damals ausschließlich die deutschen Truppen im Feldlager Masar-i-Scharif in Nordafghanistan besucht. Aus Sicherheitsgründen werden Besuche von deutschen Politikern bis zur Reise stets geheim gehalten.

PARTEITAG

CDU will „mehr Europa“

Als Reaktion auf die Euro-Krise will die CDU die europäischen Verträge grundlegend ändern. Das Ziel sei, möglichst schnell einen „Konsens in Europa herzustellen und dann einen neuen Europakonvent einzuberufen“, heißt es im Entwurf des entsprechenden Leitantrags für den CDU-Parteitag im November. Dabei gehe es um „die Vollendung der Währungsunion“ durch eine Verstärkung der Wirtschaftsunion. „Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa“, heißt es in dem Papier. Die CDU will die wirtschaftliche Integration des Euro-Raums stärken. Dazu soll ein neues, mehrstufiges Restrukturierungsverfahren für Euro-Staaten geschaffen werden, „die trotz einer verschärften Überwachung und neuer Anreize nicht in der Lage sind, dauerhaft die Vorgaben für eine stabile gemeinsame Währung einzuhalten“. Sollte ein Land seine Schulden dennoch nicht zurückzahlen können, müsse „dem jeweiligen Euro-Staat zudem ein EU-Sparkommissar an die Seite gestellt werden, der die Verwendung der staatlichen Mittel sowie die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen überwacht“, heißt es in dem Entwurf mit dem Titel „Stabiler Euro – Starkes Europa“. Außerdem will die Partei den deutschen Einfluss in der Europäischen Zentralbank (EZB) stärken. Bislang hat dort jedes Mitgliedsland eine Stimme: „Darin sehen wir eine Benachteiligung großer Länder wie Deutschland.“ Deshalb sollten die Stimmrechte im EZB-Rat künftig „an den Umfang der Kapitaleinlagen angepasst werden“. Für einen noch deutlicheren Pro-Europa-Kurs plädieren die EU-Parlamentarier Elmar Brok und Werner Langen. Sie fordern in einem eigenen Antrag für den Parteitag, die EU „bis 2020 in eine Europäische Konföderation weiterzuentwickeln“ und den EU-Präsidenten künftig über ein Wahlmännergremium zu wählen.